

Baselland als Energie-Musterschüler

Der Landrat behandelt am Donnerstag den Energiebericht der Regierung

Von Thomas Dähler

Liestal. Der Landrat veranstaltet am kommenden Donnerstag ein energiepolitisches Schattenboxen. Traktandiert ist die Berichterstattung der Regierung über die Massnahmen im Rahmen der Energiestrategie, welche der Landrat lediglich zur Kenntnis nehmen soll. Der Schönwetterbericht besticht vor allem durch zahlreiche Wenn und Aber. Dies liegt daran, dass sowohl das Massnahmenpaket zur Energiestrategie auf Bundesebene als auch das Energiegesetz auf Kantonsebene noch weit von einer Verabschiedung entfernt sind. Doch dessen ungeachtet positioniert sich die Baselierte Regierung in dem Massnahmenbericht als Musterschüler bei der Umsetzung der Energiestrategie des Bundesrats – in der Hoffnung, der Landrat spende dafür wenigstens ein wenig Beifall. Doch selbst dieser könnte am Donnerstag ausbleiben.

Während Linke und Grüne wenig erbaut sind, dass die Behandlung des Energiegesetzes und der dazugehörigen kantonalen Energieabgabe dem ursprünglichen Fahrplan kräftig hinterherhinkt, dürfte die Rechte dem blauäugig verfassten Massnahmenbericht wenig abgewinnen, wird in diesem doch fast durchgehend davon ausgegangen, dass alles so beschlossen werden wird,

wie es sich die Strategen in der Bau- und Umweltschutzdirektion von Regierungsrätin Sabine Pegoraro vorstellen. Doch wer auch nur ein wenig die öffentliche Diskussion auf Kantons- und Bundesebene verfolgt, kommt zum Schluss, dass dies kaum der Fall sein wird.

Im Clinch mit den Räten

Keine Erwähnung findet im Baselierte Energiebericht die aktuelle politische Drohung der Kantone auf Bundesebene, die Förderprogramme für ökologische Gebäudesanierungen – die zentrale, energiepolitische Domäne der Kantone – gänzlich zu streichen, wenn die eidgenössischen Räte Steuerabzüge für energetische Sanierungen beschliessen. Doch genau dies ist zu erwarten: Zumindest der Nationalrat dürfte die Abzüge beschliessen, womit erhebliche Steuerausfälle und damit eine Finanzierungslücke für Fördermassnahmen drohen.

Doch damit nicht genug: Auch der von der Regierung zuhanden des Parlaments verabschiedeten Baselierte Energieabgabe, die im Bericht unerwähnt bleibt, weht ein rauer Wind entgegen. Mit der SVP und der Handelskammer beider Basel lehnen zwei grosse Player die kantonale Energiesteuer ohne Wenn und Aber ab. Der Mietverband geht sogar noch weiter:

Er hat bereits angekündigt, die Energieabgabe notfalls bei einer Volksabstimmung aktiv zu bekämpfen.

Ob es vor dieser Perspektive ausreicht, dass neben Linken und Grünen auch die Wirtschaftskammer Baselland im Interesse der von ihr vertretenen KMU die Energiesteuer aus Pegoraros Direktion verteidigt, ist ungewiss. Jedenfalls ist Tatsache, dass das Energiegesetz und die Energieabgabe noch immer nicht auf der Traktandenliste des Landrats stehen und dass die für diesen Sommer geplante Volksabstimmung dazu einstweilen verschoben und erst zu einem späteren Zeitpunkt angesetzt wird.

Quasi als Trostpflasterchen kann am Donnerstag in Liestal über den Energiebericht debattiert werden – und auch dies erst ganze fünf Monate nach der Verabschiedung durch die Regierung. Zentral in dem Bericht sind Ziele, Umsetzung und Massnahmen im Bereich der Energieeffizienz. So verfolgt der Kanton Baselland das Ziel, bei der bestehenden Gebäudesubstanz den Energieverbrauch ab 2030 um mindestens 500 GWh pro Jahr zu reduzieren. Dazu sollen die Fördergelder von heute 50 Millionen Franken verdreifacht werden. Vorgesehen ist, dass Elektroheizungen und Elektroboiler obligatorisch ersetzt, der Energieverbrauch auf zwei

Liter Heizöläquivalent pro Quadratmeter reduziert, die Anteile an Strom-Eigenproduktion und die Versorgung mit Wärme erhöht werden müssen. Ergänzt werden die Massnahmen durch eine aktive Vorbildrolle bei den kantonseigenen Liegenschaften.

40 Prozent erneuerbare Energie

Wie viel davon realisiert ist, geht nicht aus dem Bericht hervor. Realität ist heute einzig die Richtlinie zur nachhaltigen Erstellung und Bewirtschaftung von kantonseigenen Liegenschaften. Alles andere hängt davon ab, wann und wie das Energiegesetz, die dazugehörige Verordnung sowie die Energieabgabe – mit Ausnahmen für Grossverbraucher – beschlossen werden.

Im Weiteren geht aus dem Bericht hervor, dass Baselland die Ziele der Energiestrategie des Bundesrats befürwortet, und dass der Kanton auch für eine CO₂-Abgabe ist. 20 Prozent der Gemeinden sollen das Energiestadt-Label Gold erwerben – unter anderem dank einer Anschlusspflicht an die Wärmeversorgung. Schliesslich strebt der Kanton an, sich ab 2030 mit 40 Prozent Energie aus erneuerbaren Quellen zu versorgen. Dazu setzt die Regierung auch auf die Windenergie und auf die zurzeit unrentable Stromproduktion aus der Wärmekraftkoppelung.

Nachrichten

Polizei fasst Einbrecher am helllichten Tag

Binningen. Am Freitag zur Mittagszeit alarmierte eine aufmerksame Anwohnerin die Polizei. Sie hatte bemerkt, dass sich in einem Mehrfamilienhaus an der Oberwilerstrasse möglicherweise Einbrecher aufhalten. Die Polizei Baselland nahm vor Ort zwei Männer in Haft. Bei den beiden handelt es sich laut Polizei um Rumänen im Alter von 24 und 39 Jahren. Polizei und Staatsanwaltschaft klären ab, ob die mutmasslichen Einbrecher für weitere Delikte infrage kommen.

Drei Verletzte nach Auffahrunfall

Nenzlingen. Auf der Baselstrasse in Nenzlingen, Fahrtrichtung Aesch, wollte am Sonntagnachmittag ein Auto abbiegen. Die beiden nachfolgenden Fahrzeuge mussten stark abbremsen, dennoch kam es zur Auffahrkollision. Die mutmassliche Unfallverursacherin, deren Mitfahrerin sowie der geschädigte Autofahrer klagten laut Polizei nach dem Unfall über Kopf- und Nackenschmerzen und mussten ins Spital. An den Autos entstand grosser Sachschaden; erst gegen Abend war die Unfallstelle komplett geräumt.

Allschwiler sammeln 2,2 Tonnen Plastikmüll

Allschwil. Beim Debüt der Plastikmüllsammelung in Allschwil kam insgesamt rund 2,2 Tonnen Recyclingmaterial zusammen. Damit wurden die Erwartungen des kommunalen Umweltbeauftragten übertroffen. Rund 1500 Sammelsackrollen wurden verkauft. Die Kunststoffsammlung in Allschwil ist die erste in der Nordwestschweiz. Sie findet seit Februar im 14-Tages-Rhythmus jeweils dienstags statt.

Catch a Car erweitert Angebot nach Muttenz

Muttenz. Nach Basel, Binningen, Allschwil, Riehen und Birsfelden gibt es ab März auch in Muttenz das stationsunabhängige Carsharing-Angebot Catch a Car. Mitglieder können alle Parkplätze in Muttenz kostenlos nutzen, für die auch eine Anwohner- oder Nachtparkkarte gilt. Im Gegenzug entrichtet die Tochter der Mobility-Genossenschaft der Gemeinde einen Fixbeitrag. Catch a Car verfügt im Raum Basel seit August über 120 Autos.

Gemeinderat lernt aus Subventions-Fiasko

Exekutiv-Politiker Julier und Pausa, die in der Stiftung Tagesheim sitzen, schädigten Allschwil finanziell

Von Joël Hoffmann

Allschwil. Auf rund eine Million Franken beläuft sich der Schaden der Gemeinde Allschwil – Geld, das, wenn es fehlt, auch in finanziell gesunden Zeiten schmerzt. Allschwils Sparsbemühungen wurden von den beiden Gemeinderäten Arnold Julier (CVP) und Franziska Pausa (SP) seit Jahren hintertrieben. Zugute kamen die unberechtigten Ausgaben der Stiftung Tagesheime, in deren Stiftungsrat Julier und Pausa Einsitz nehmen. Die beiden haben eine neue, strengere Leistungsvereinbarung mit dem Heim nicht umgesetzt. Solche Fälle will die GLP künftig verhindern.

Für die kommende Einwohnerratsitzung vom Mittwochabend steht eine Motion der GLP auf der Traktandenliste. Unter dem technokratischen Titel «Motion: Modernes Subventionssystem für die Tagesbetreuung» steckt eine Geschichte, die im Dezember in Allschwil die Gemüter erhitzte. Die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission (Fireko) des Einwohnerrats berichtete, dass sich die Gemeinde und die Stiftung Tagesheime seit Jahren nicht an die neue Leistungsvereinbarung gehalten hätten. Konkret habe die Gemeinde für die Betreuung von Kindern eine Million Franken zu viel bezahlt. Politisch verantwortlich dafür sind die Gemeinderäte Julier und Pausa.



Nicole Nüssli.

die Gemeinde für die Betreuung von Kindern eine Million Franken zu viel bezahlt. Politisch verantwortlich dafür sind die Gemeinderäte Julier und Pausa.

Handlungsbedarf erkannt

Die GLP fordert nun Massnahmen. Doch zu einer grossen Debatte wird es wohl kaum kommen, denn die Exekutive empfiehlt die Entgegennahme der Motion. Das heisst, dass der Gesamtgemeinderat erkannt hat, dass Handlungsbedarf besteht. Damit respektiert er auch die Vorwürfe im Fireko-Bericht und zieht Konsequenzen, noch bevor die mittlerweile beauftragte Geschäftsprüfungskommission ihren Bericht und ihre Empfehlungen vorgelegt hat.

Die Motion sieht vor, dass neu nicht mehr das Tagesheim (mit einer Defizitgarantie) subventioniert werden soll, sondern die Erziehungsberechtigten direkt. Im Fachjargon heisst das «Subjekt-statt Objektfinanzierung». Die Bei-

träge für die Eltern sind zudem einkommensabhängig. So schafft man mehr Chancengleichheit und auch Gleichheit zwischen privaten Tagesheimen und der Stiftung Tagesheime Allschwil.

Angesprochen auf den Systemwechsel von der Objekt- zur Subjektfinanzierung sagt GLP-Einwohnerin und Mit-Motionär Jérôme Mollat: «Damit ermöglichen wir einerseits mehr Wettbewerb unter den Anbietern. Andererseits werden unschöne Vorkommnisse,

Gemeinderäte sollen nicht mehr wie bisher in Interessenkonflikte geraten.

wie sie kürzlich im Zusammenhang mit den Subventionen für Tagesheime publik wurden, vermieden.» Die Motion bezwecke eine Entpolitisierung des Betreuungsangebots. «Gemeinderäte sollen nicht mehr wie bisher dadurch in Interessenkonflikte geraten, dass sie zusätzlich im Stiftungsrat eines Tagesheimes sitzen.»

Interessenkonflikte vermeiden

Julier kämpfte 2010 vor dem Einwohnerrat für jene neue Subventionslösung, an die er sich als Stiftungsrat nicht gehalten hat. Dies musste ihm und seiner Gemeinde- und Stiftungsratskollegin Pausa bewusst gewesen sein. Und: Die Aufsicht lag beim Gemeinderat – also bei ihnen selbst.

«Die GLP rennt mit ihrer Motion beim Gemeinderat offene Türen ein», sagt Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli (FDP). Auch der Gemeinderat wolle eine «zeitgemässe Finanzierung». Die Interessenkonflikte wurden im Gemeinderat ebenfalls diskutiert. «Mit der Motion lassen sich solche Probleme vermeiden, da es durch die gesetzliche Lösung auch keinen Leistungsauftrag mit der Stiftung Tagesheime mehr braucht», sagt Nüssli. Die Motion regelt jedoch nur den Grundsatz. Wie hoch die Subventionen insgesamt ausfallen, und wer wie viel erhält, ist noch offen. «Wir haben das Ziel, dass die Kosten geringer ausfallen. Doch wie genau das Reglement aussehen wird, darüber wird der Einwohnerrat zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden.» Die Missstände teilten der Fireko CVP-Gemeinderat Franz Vogt und der jetzige Finanzverwalter mit.

Über 50 Pneus zerstochen

Vandalismus nach Fasnachts-Schlussstraich in Muttenz

Muttenz. Es war ein besonders fieser Schlussstreich nach dem Schlussstraich der Muttenzer Fasnacht: Irgendwann nach dem Guggenmusikonzert im Dorfkern – in der Nacht von Samstag auf Sonntag – ist eine unbekannte Täterschaft durch die angrenzenden Strassen gezogen und hat die Pneus von mehr als zwei Dutzend Autos zerstochen. Wie die Polizei schreibt, waren die Bewohner im Einfamilienhausquartier in den Strassen Im Oberen Brühl, Brühlweg, Tramstrasse, Sevogelstrasse, Andlauerstrasse und Hinterzweienstrasse betroffen.

«Es gab immer wieder Anzeigen wegen Vandalismus, etwa im vergangenen November, als in Reinach Windschutzscheiben und Rückspiegel in die Brüche gingen – aber nicht in der Grössenordnung wie in Muttenz», sagt

Polizeisprecher Roland Walter. Im September 2014 registrierte man beispielsweise in Münchenstein Pnestechereien an sieben Autos. In Muttenz hingegen hatten sich im Verlauf des letzten Sonntags 25 Geschädigte gemeldet. Dabei ist es den Tätern darum gegangen, die Autos möglichst langfristighaltig fahruntauglich zu machen: Bei den Autos wurden mindestens gleich zwei Pneus zerstochen, sodass man sich mit der Montage des Ersatzrades nicht aushelfen konnte.

Einen Zusammenhang mit der Muttenzer Dorffasnacht, wo auch Alkohol floss, schliesst die Polizei nicht aus. Leute, die die Sachbeschädigung beobachtet haben könnten, haben sich bis gestern noch nicht gemeldet. Die Polizei bittet darum, verdächtige Beobachtungen noch immer zu melden. wah

Die Spuren des Wintersturms



Schöne Bescherung. Wie gross und mächtig die Natur und wie klein und schwach Menschenwerk sein kann, zeigt sich im Gebiet Reusli, einem Waldstück im Südosten Sissachs: Sturm Susanna hat vor zwei Wochen so stark durch den Wald gepustet, dass etliche Bäume fielen – und einige gleich den halben Waldweg mitrissen. Nun müssen die Wegmacher ausrücken. Sissach scheint die Ausnahme zu sein. Jedenfalls sind bei Kantonsförster Ueli Meier nach dem Wintersturm keine grösseren Schäden in Baselierte Waldungen gemeldet worden. ch Foto Christian Horisberger